

## **Antrag**

**der Abgeordneten Jürgen Trittin, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Ute Koczy, Winfried Nachtwei, Hans-Josef Fell, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Thilo Hoppe, Kerstin Müller (Köln), Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainer Steenblock und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Energie, Sicherheit, Gerechtigkeit**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ohne eine kohärente Energieaußenpolitik, untrennbar verbunden mit Klima- und Entwicklungspolitik, werden wir die globalen Herausforderungen des Klimawandels und der Rohstoffkrise, weltweiter Armut und Ausgrenzung, neuen Rüstungswettlaufs und weltweiter nuklearer Aufrüstung nicht bewältigen können. Zugang zu Energie weltweit ist Voraussetzung dafür, um Armut zu überwinden und die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen. Moderne Energieaußenpolitik hilft, unsere Energieversorgung langfristig abzusichern, und trägt bei zu einer weltweiten Energiewende für Energie und Sicherheit. Eine verantwortliche Energieaußenpolitik setzt auf globale Gerechtigkeit. Eine vorausschauende Energieaußenpolitik ist strategische Friedenspolitik.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Energieaußenpolitik nicht auf Außenwirtschaftspolitik zu reduzieren;
2. ein modernes Konzept einer nachhaltigen Energieaußenpolitik „Energie, Sicherheit, Gerechtigkeit“ vorzulegen, das Energie in alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik, Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungszusammenarbeit sowie internationaler Klima- und internationaler Umweltpolitik integriert;
3. Energieaußenpolitik so zu gestalten, dass sie, untrennbar verbunden mit Klima- und Entwicklungspolitik, zu einer globalen Energiewende hin zu CO<sub>2</sub>-neutraler Wirtschaft beiträgt;
4. alles dagegen zu unternehmen, dass Energieaußenpolitik in einen Wettlauf um Ressourcen führt, der das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen Industrieländern, „neuen“ Akteuren und Entwicklungsländern verstärkt und Boden bereitet für internationale Konflikte und Krieg;
5. Energieaußenpolitik dem Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele und dem Kampf gegen weltweite Armut und Ausgrenzung zu verpflichten;
6. die Möglichkeiten der Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen, um eine globale Energiewende und den Transfer moderner Technologien für erneuerbare Energien in Entwicklungs- und Schwellenländer zu fördern und die Exportfähigkeit von Unternehmen der Erneuerbare-Energien-Branche zu stärken;

7. keine außenwirtschaftlichen Instrumente für den Export von Atomtechnologie zu benutzen und sich international dafür einzusetzen, dass weltweit Schluss gemacht wird mit Subventionen und Bürgschaften für Atomtechnologie;
8. das Nichtverbreitungsregime so zu stärken, dass nicht mit der vorgeblichen Berufung auf Energiesicherheit Staaten sich Zugang zu waffenfähigen Nukleartechnologien verschaffen;
9. die Außenwirtschaftspolitik zu nutzen, um die Verantwortung von Unternehmen im Kampf gegen den so genannten Ressourcenfluch einzufordern und Deutschland und Europa zum Motor zu machen für Initiativen wie die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI);
10. sich dafür einzusetzen, dass die EU-Energieforschung sich stärker auf erneuerbare Energien fokussiert und nationale und internationale Forschungsprogramme für erneuerbare Energien gestärkt und besser koordiniert werden; vor allem die Forschungs- und Investitionsprivilegien von EURATOM müssen endlich beendet werden;
11. sich dafür einzusetzen, dass in der Welthandelsorganisation (WTO) Handelsbarrieren für erneuerbare Energien sowie Elektrizität und Strom aus erneuerbaren Quellen abgebaut werden;
12. sich dafür einzusetzen, auch in der Europäischen Union Energie in alle Politikbereiche zu integrieren und nicht nur kurzfristige Interessen der Wirtschaft zu bedienen, sondern langfristig Energie und Sicherheit zu garantieren;
13. sich in den Gremien der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass Energiepartnerschaft eine Säule der europäischen Nachbarschaftspolitik wird;
14. sich auf allen internationalen Ebenen – in der Europäischen Union, in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), in den Vereinten Nationen, in der Weltbank, in den G8-Mitgliedstaaten und anderen Institutionen und Gremien – für eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz einzusetzen und eine Renaissance der Atomkraft zu stoppen;
15. sich konkret für durchsetzungskräftige institutionelle Strukturen für eine multilaterale globale Energiepolitik einzusetzen und die Zusammenarbeit der Internationalen Energieagentur (IEA) mit „neuen“ Akteuren wie China und Indien zu stärken;
16. informelle Energiepartnerschaften wie REN21 (Renewable Energy Policy Network) weiterzuentwickeln;
17. sich mit Nachdruck für die Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) einzusetzen.

Berlin, den 20. Februar 2008

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

### **Begründung**

Rohstoffkrise und Klimawandel, globale Ungerechtigkeit, weltweite Armut und Ausgrenzung, neuer Rüstungswettkampf und weltweite nukleare Aufrüstung zählen zu den globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Um diese Heraus-

forderungen angehen zu können, brauchen wir eine moderne Energieaußenpolitik, die sich nicht reduzieren darf auf Außenwirtschaftsförderung und die kurzfristige Absicherung von Energieimporten. Die Bundesregierung hat es bislang versäumt, Energie konsequent in alle Bereiche der Außenpolitik zu integrieren und ein nachhaltiges Konzept für „Energie, Sicherheit, und Gerechtigkeit“ vorzulegen. In allen Politikbereichen fehlt es nicht nur an Strategien, sondern auch an konkreten Maßnahmen der Umsetzung. Zentrales Versäumnis ist zum Beispiel, Strategien des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit konsequent mit Strategien und Programmen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zusammenzuführen. Die Idee einer Energie-KSZE ist ein Luftschloss geblieben.

Auch in der Energieaußenpolitik geht es darum, eine weltweite Energiewende herbeizuführen. Eine globale Energiewende weg von Öl und Gas hin zu Energieeffizienz, erneuerbaren Energien und Energieeinsparung baut Abhängigkeiten in Industrie- wie in Entwicklungsländern ab, wird der wachsenden globalen Nachfrage nach Energie gerecht, mindert Treibhausgase und bekämpft Armut und Ausgrenzung weltweit. Mit seinem Bericht „Die Ökonomie des Klimawandels“ hat Sir Nicholas Stern nachgewiesen, dass der Klimawandel das größte Marktversagen ist, das es jemals gab. Prognose ist, dass sich der Verlust aufgrund des Klimawandels bis Mitte des Jahrhunderts auf jährlich mindestens 5 Prozent des weltweiten Wachstums beziffert, d. h. aktuell rund 2 2000 Mrd. US-Dollar. Moderne Energieaußenpolitik geht den Klimawandel weltweit an. Energieaußenpolitik ist Schlüssel zu Frieden, Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand. Gerechte Energieaußenpolitik ist strategische Friedenspolitik.

Deutschland und die Europäische Union sind abhängig von Energieimporten. Unsere Importabhängigkeit wird mittelfristig wahrscheinlich vor allem bei Gas noch weiter zunehmen. Gleichzeitig verknappen sich die weltweiten Öl-, Kohle-, Uran- und Gasvorräte. Die weltweite Nachfrage steigt schneller als das Angebot. In den Industrieländern (OECD) leben 15 Prozent der Weltbevölkerung, die heute 56 Prozent des Erdöls und 60 Prozent des Erdgases verbrauchen. Auf der Angebotsseite steht eine beschränkte Zahl staatlicher oder semistaatlicher Akteure. So beziehen wir unser Öl vornehmlich aus Nahost und Russland. Regionale Konflikte führen zu Instabilität in Förderländern bis hin zu Krisen und Kriegen. Einzelne Staaten – wie Russland – streben machtpolitisch nach einer Monopolstellung. Dies alles macht uns abhängig, erpressbar und unsere politische Handlungsfähigkeit sinkt. Schlüssel für unsere langfristige Energiesicherheit ist „Weg vom Öl“, weg von fossilen Energiequellen – ohne neue nukleare Risiken zu schaffen. Billiges Öl und Gas werden immer mehr der Vergangenheit angehören und nur erneuerbare Energien werden langfristig bezahlbar sein.

Moderne Energieaußenpolitik darf sich nicht auf Diversifizierung der Herkunftsländer einfach durch mehr Gasrohre und Ölpipelines reduzieren, sondern stellt erneuerbare Energien und Energieeffizienz in den Mittelpunkt von Energiepartnerschaften. Und bei der Diversifizierung von Quellen und Routen geht es um mehr als Außenwirtschaftspolitik. Für und in der EU geht es nicht nur um den Energiemarkt, sondern um eine umfassende Energieaußenpolitik, die alle Aspekte von Energie und Sicherheit angeht. Europäische Energieaußenpolitik muss über die EU Grenzen hinausgehen. Energiepartnerschaft muss eine Säule der europäischen Nachbarschaftspolitik und Vorreiter für weitere Integration werden. Regionale Kooperationsansätze wie die neue Schwarzmeersynergie und eine Erweiterung der Energiegemeinschaft mit Südosteuropa werden immer wichtiger werden. Im Verhältnis zu Russland muss die EU zentrale Prinzipien der Europäischen Energiecharta verankern, wie die gegenseitige Zugangsgarantie, Mindestgarantien für Energieinvestitionen sowie Transitregeln. Die EU muss Energie systematisch in ihre bilateralen Beziehungen integrieren und zum

Beispiel in ihre Gespräche mit China einbeziehen und mit der neuen EU-Afrika-Strategie die Energiepartnerschaft mit Afrika stärken. Wichtig für Deutschland und die Europäische Union sind Kooperationen, die Interessen zusammenbringen, Sicherheit stärken und Energiesolidarität mit Leben erfüllen.

Einen Wettlauf um die letzten fossilen Ressourcen dürfen wir nicht zulassen. Kriege um Öl schaffen keine Sicherheit, sondern gefährden Energiesicherheit. Ressourcenkrise und Klimawandel müssen auf friedlichen Wegen gemeinsam bewältigt werden. Moderne Energieaußenpolitik muss deshalb multilateral gestaltet werden. Bislang fehlt es aber an durchsetzungskräftigen institutionellen Strukturen für multilaterale Energiepolitik. Die Internationale Energieagentur ist eine OECD-Organisation, der für die künftige globale Energiepolitik entscheidende Staaten nicht angehören. Der „Outreach“ der OECD nach China und Indien und anderen Nicht-OECD-Ländern ist ein richtiger Ansatz. Um substantielle Energiepartnerschaften aufzubauen, muss dieser „Outreach“ aber von uns intensiver politisch begleitet und mit mehr Leben erfüllt werden und wird langfristig nicht ausreichen. Auch eine Aufwertung des Umweltprogramms (UNEP) der Vereinten Nationen zu einer Umweltorganisation (UNEAO) wäre nur ein erster Schritt und nur Forum für Umweltaspekte globaler Energiepolitik.

Mit militärischen Mitteln lässt sich Energiesicherheit nicht erreichen. Kriege – wie der Angriff auf den Irak – bringen keine Energiesicherheit, sondern erhöhen nur die Preise. Der Schutz von Transportwegen durch Militär hat keinen Einfluss auf die Produktion von Öl und Gas oder darauf, dass dieses nach fairen Spielregeln auf den Markt gelangt, und kann an der Endlichkeit der Ressourcen nichts ändern. In instabilen Situationen kann Militär keinen Frieden schaffen, sondern im besten Fall Friedensprozesse ermöglichen und unterstützen. Zur Sicherung von Energieimporten sind militärische Einsätze ungeeignet. Die Vorstellung, eine so genannte Energie-NATO könnte unsere Energiesicherheit garantieren, ist ein Irrweg. Die institutionelle Herausforderung liegt nicht im militärischen Bereich, sondern darin, eine durchsetzungskräftige zivile Struktur für eine wirkungsvolle globale Energiepolitik zu schaffen. Eine solche Struktur müsste zentrale OPEC-Staaten und große Importeure wie China und Indien einschließen und auch Aufgaben der Streitschlichtung übernehmen können.

Energiesicherheit und nachhaltige Entwicklungspolitik sind keine Widersprüche. Innovative Energiepolitik fördert Entwicklung und damit Frieden und Sicherheit weltweit. Prognose der Vereinten Nationen ist, dass mit den gegenwärtigen Politikansätzen und Investitionstrends 2030 immer noch 1,5 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Elektrizität haben werden. Die finanzielle Belastung armer Entwicklungsländer aufgrund ihrer Abhängigkeit vom Öl übersteigt inzwischen die Zahlungen der Entwicklungshilfe. Ohne innovative Energiepolitik werden wir die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) nicht erreichen.

Öl und Gas sind Konfliktrohstoffe. In Staaten wie Nigeria, Tschad, Sudan, Ecuador, Peru oder Turkmenistan hat der Ressourcenreichtum zu hohen Korruptionsraten, autoritären Strukturen, alarmierenden Verschuldungsraten und einer Missachtung von Umweltstandards geführt. Einnahmen aus Öl und Gas finanzieren große Militärhaushalte und fördern Extremismus und Terrorismus. Instrumente wie die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) sind weiterzuentwickeln. Nur durch Transparenz und Kontrolle kann gewährleistet werden, dass die Einnahmen aus dem Rohstoffbereich für nachhaltige Entwicklung eingesetzt werden. Parallel muss die Bevölkerung unterstützt und befähigt werden, Kontrolle auszuüben.

Ohne hochmoderne und gleichzeitig bezahlbare Technologie werden auch Länder wie Brasilien, China, Indien, Mexiko, Südafrika und Südkorea ihre Energieprobleme nicht lösen können. Mehr Technologiekooperation mit Entwicklungsländern in den Vereinten Nationen muss finanzielle Unterstützung einschließen.

Der mit der Konferenz zu erneuerbaren Energien in Bonn 2004 eingeleitete Austausch mit Entwicklungsländern muss fortgesetzt und das globale Politiknetzwerk REN21 gestärkt werden. Die Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) ist längst überfällig. Technologietransfer und die Vermittlung des dafür notwendigen Know-hows müssen endlich Schwerpunkte von Entwicklungszusammenarbeit werden. Die Exportbereitschaft und -fähigkeit von Unternehmen der Erneuerbare-Energien-Branche, u. a. durch Zugang zu internationalen Finanzierungsinstrumenten, Exportkreditagenturen sowie Nutzen der Mechanismen im Rahmen des Kyoto-Protokolls, muss massiver gefördert werden.

Atomkraft ist kein Ausweg aus einer verfehlten Energiepolitik. Atomkraft bietet keine Lösung, ist ebenso endlich wie Öl und Gas und schafft keine Energiesicherheit. Atomenergie kann den Bedarf an Energie nicht decken. Den Primärverbrauch der Welt deckte die Atomenergie 2003 mit 6,5 Prozent. Erneuerbare Energien lieferten mit 13,3 Prozent mehr als das Doppelte – betrachten wir die genutzte Endenergie, sind es nur 3 Prozent, die die Atomkraft liefert. Atomkraft ist eine Nischentechnologie. Allein um 10 Prozent des Stroms aus Kohle, Öl und Gas zu ersetzen, müssten weltweit über 1 000 Reaktoren gebaut werden. Die dafür nötigen Subventionen können auch reiche Länder nicht aufbringen. Die Frage der Entsorgung des Atommülls ist weltweit ungelöst. Auch Uran wird importiert, schafft Abhängigkeiten und ist eine endliche Ressource. Atomkraft ist nicht wettbewerbsfähig. Es wird Zeit, dass die wettbewerbsverzerrenden Privilegien, vor allem im EURATOM-Vertrag, endlich beendet werden. In Entwicklungsländern geht es um ein dezentrales bezahlbares Energieangebot, das über Atomkraft nicht erreicht werden kann. Atomenergie ist eine Hochrisikotechnologie, die selbst bei strengsten internationalen Kontrollen leicht für militärische Zwecke genutzt werden kann. Die Gefahr und das Risiko sind nicht auf den Iran beschränkt. Auch wer die Bedrohung durch den Terrorismus ernst nimmt, muss das Sicherheitsrisiko Atomkraft abbauen und nukleare Weiterverbreitung verhindern.





